

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus der Stadtbürgerschaft vom 15. Juli 2014

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/sfe>

Wohnen und arbeiten in der Überseestadt

Der Senat berichtet alle zwei Jahre über den Entwicklungsstand der Überseestadt. Seit dem letzten Bericht vom Oktober 2012 hat sich aber schon so viel getan – etliche Bauvorhaben sind beendet, neue Projekte auf den Weg gebracht –, dass sich bereits jetzt viele Fragen stellen, die die rot-grüne Koalition mit einer Großen Anfrage aufgriff. Ein Schwerpunkt der Anfrage liegt auf dem möglichen Konflikt zwischen Wohnen und Arbeiten.



Stadtentwicklung und Stadtleben sind immer auch Nutzungskollisionen und -konflikte, so der bau- und stadtentwicklungspolitische Sprecher Carsten Werner. Das Zusammenleben von Wirtschaft und Wohnen ist eine Herausforderung – überall. Klar ist, dass die bestehende Hafenvirtschaft nicht aus den

Hafengebieten verdrängt werden darf und soll: Wer in die Überseestadt zum Wohnen zieht, der zieht in ein Hafengebiet, also ein Gewerbe- und, teilweise, Industriegebiet. Das muss und darf niemanden überraschen. Klar ist aber auch, dass die Hafenvirtschaft dort nicht Entwicklungen bremsen darf, wo sie möglich sind und sein sollen. Wo Gebäude lange leerstehen, da ist es sinnvoll und nötig, über zukünftige Nutzungen nachzudenken und diese auch umzusetzen und nicht an vergangenen Zeiten und Nutzungen zu hängen, die manchmal nicht wiederkommen.

Bürgerinfo für Bauplanungen

Die Stadt Heidelberg hat es vorgemacht: Seit November 2012 können die HeidelbergerInnen im Internet auf einer sogenannten Vorhabenliste nachsehen, welche Projekte in ihrer Stadt geplant sind bzw. in welchem Entwicklungsstadium sie sich befinden und inwieweit die BürgerInnen vor und während der Verwirklichung beteiligt waren und sind. Ein heute einstimmig beschlossener Antrag fordert für Bremen eine ähnliche Veröffentlichungsplattform im Internet. Bremen ist nicht Heidelberg, hat dreieinhalbmal mehr EinwohnerInnen. Deshalb sollen nicht alle Vorhaben aufgeführt werden, die Bremer Liste soll sich auf bauliche Vorhaben beschränken.



Marie Hoppe, Sprecherin für Beiräte und Bürgerbeteiligung, schilderte die Schwierigkeiten, vor denen interessierte BürgerInnen stehen, die sich über aktuelle Planungen von Bauvorhaben in ihrem Stadtteil informieren wollen. Wer hat schon die Zeit, regelmäßig zu Beirats- oder Deputationssitzungen zu gehen

Was noch?

Aus der Fragestunde:

Dem Kulturzentrum DETE, als Zwischen-nutzung eines leerstehenden Gebäudes in der Neustädter Lahnstraße eingerichtet, werden vom Senat wertvolle überraschende Impulse für den Stadtteil bescheinigt. Bis zum Beginn der Baumaßnahmen für eine neue Nutzung kann die Immobilie noch einige Monate genutzt werden.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

oder die teils schwer zu verstehenden umfangreichen Vorlagen zu lesen? Hier würde das Heidelberger Modell helfen: eine Internetseite, auf der die Planungsvorhaben nach Stadtteilen sortiert steckbriefartig auf maximal einer Seite dargestellt werden mit der Beschreibung des Bauvorhabens, dem politischen Beschluss, den geplanten Kosten, dem Umsetzungsstand und den nächsten Schritten und ob und wie eine Bürgerbeteiligung vorgesehen ist.

Marie Hoppe ist davon überzeugt, dass von einer solchen Internetplattform nicht nur die BürgerInnen profitieren, sondern auch die Beiräte, die Bürgerschaftsabgeordneten und nicht zuletzt auch die Verwaltung selbst.

Öffentlichen Fuhrpark auf CarSharing umstellen

Im Besitz der öffentlichen Verwaltung Bremens befinden sich rund 1.350 teils alte und wenig sparsame Fahrzeuge. Sie benötigen viele Stellplätze und verursachen erhebliche Kosten und CO₂-Emissionen. Dies ließe sich durch einen verstärkten Umstieg auf Carsharing verbessern, was ein heute beschlossener Antrag fordert.



Der durchschnittliche CO₂-Ausstoß des Bremer Fuhrparks ist mit 142 Gramm pro Kilometer relativ hoch, so Ralph Saxe, verkehrspolitischer Sprecher. Die neueren Fahrzeuge im Leasing-Rahmenvertrag kommen auf einen Mittelwert von 127 g/km. Aber gegenüber dem Leasing ist das

CarSharing eine wirtschaftlichere und ökologisch wie verkehrspolitisch sinnvollere Alternative. Die beim CarSharing angebotene Vielfalt an Fahrzeugmodellen bietet hohe Flexibilität bei der Fahrzeugwahl je nach Anlass und zur Abdeckung des Spitzenbedarfs.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de